

Auch „Ampel“ funktioniert in Kiel nicht

FDP lehnt Bündnis mit SPD und Grünen ab

Kiel – Im Kieler Rathaus wird es kein „Ampel“-Bündnis von SPD, Grünen und FDP geben. Die Kieler FDP erklärte gestern, in der Opposition bleiben zu wollen. Einen Tag vor der konstituierenden Ratsversammlung ist daher noch unklar, wer künftig regiert.

Von Martina Drexler

11.06.08
UN

Nach guten Sondierungsgesprächen mit SPD und Grünen, wie der FDP-Kreisvorstand betonte, entschied sich die liberale Spitze trotzdem einmütig gegen eine „Ampel“. Als Begründung führte FDP-Kreischef Heiner Garg mangelnde inhaltliche Gemeinsamkeiten an, „um eine dauerhafte Politik der finanzpolitischen Vernunft, der wirtschaftlichen Entwicklung und einer bürgernahen Schulpolitik umzusetzen“. Auch habe die SPD mit dem Hinweis, notfalls mit dem SSW und den Grünen in einer „Dänen-Ampel“ zusammenzugehen, eine Drohkulisse aufgebaut.

SPD und Grüne reagierten enttäuscht auf die Absage. Gerade im Bereich Haushaltskonsolidierung habe man der FDP akzeptable Vorschläge gemacht, sagten der Kieler SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fi-

scher und SPD-Fraktionschef Ralph Müller-Beck. Ähnlich argumentierte das grüne Spitzenduo Katja Günther und Dirk Scheelje mit Blick auf das Projekt StadtRegionalBahn, das die FDP als unbezahlbar ablehnt. Die Grünen forderten die FDP auf, ihren Beschluss zu überdenken.

Der FDP-Kreisvorstand hatte schon kurz nach der Wahl am 28. Mai „Jamaika“ mit CDU und Grünen bevorzugt – trotz der knappen Mehrheit von nur 29 Stimmen im 56-köpfigen Rat. Nach dem Ausstieg des früheren FDP-Fraktionschefs Jan Huuk aus Partei wie Fraktion zerschlug sich jedoch diese Bündnisoption. Die FDP wird, versprach Garg, besonders in der Haushaltspolitik mit allen demokratischen Fraktionen im Rat zusammenarbeiten. Nach dem Beschluss der FDP wollen SPD und Grüne alle Möglichkeiten für verlässliche Mehrheiten ausloten. Das wird jedoch auch in einer „Dänen-Ampel“ mit ebenfalls nur 29 Stimmen schwierig: Antje Danker (SSW) lehnte erneut Kooperationen ab, betonte aber, dass der SSW in Sachfragen zusammenarbeiten wird. Die CDU will „in Ruhe“, so CDU-Kreischef Thomas Stritzl, die weitere Entwicklung abwarten.

Seite 18, Kommentar Seite 2